

## CSU-Unterwanderung

Franz Josef Strauß möchte Einfluß auf die Kandidatenauswahl der neuen „Bürgerpartei“ nehmen, die Steuerrebell Fredersdorf unter wohlwollender CSU-Anteilnahme im Mai gründen will. Mit dieser Zusicherung beruhigte der CSU-Vorsitzende jetzt CDU-Chef Helmut Kohl, der sich sorgt, eine mit massiver Unterstützung der Unionsparteien 1980 in den Bundestag gehievte Steuerpartei könne sich dennoch für eine Koalition mit der SPD entscheiden, der Fredersdorf bis vor kurzem angehört hat. Falls der neue Verein

den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schafft — was Strauß und Kohl nach wie vor bezweifeln —, soll die Strauß-Auslese der Bürgerpartei-Parlamentarier garantieren, daß die Mehrheit einem zur SPD strebenden Fredersdorf die Gefolgschaft versagt.

## Brandt – Wehner

SPD-Vorsitzender Willy Brandt, der am 5. März seine Arbeit aufnehmen und im Dezember wieder für die Parteiführung kandidieren will, ist um Frieden mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner bemüht, mit des-

sen Abrüstungsvorschlägen er weitgehend übereinstimmt. So verwarf er sich auch gegen die Darstellung des früheren Verteidigungsministers Georg Leber, Brandt habe ihm aus Verärgerung über Wehners öffentliches Vorgesprechen gegen Außenminister Genscher jüngst anvertraut, er selber habe, als er noch Kanzler war, versäumt, reinen Tisch mit dem eigenwilligen Allgenossen zu machen. Leber, der mit Wehner nicht übereinstimmt, hatte diese angebliche Brandt-Schelte, die offenbar auf frühere Unmutsäußerungen des SPD-Chefs zurückgeht, im Gespräch mit den vom SPD-Senior gereizten

## Fall Proll: Staatsanwalt bleibt hart

Die Anregung von Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP), der früheren RAF-Angehörigen Astrid Proll, die seit September in London in Auslieferungshaft sitzt, „den Rückweg zu erleichtern“, findet bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft wenig Gegenliebe.

Eine Haftverschonung, über die das Frankfurter Landgericht zu entscheiden hat, würde Hans Christoph Schaefer, der stellvertretende Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft, „nicht hinnehmen, weil sie einer Desavouierung des Auslieferungsbehrens gleichkäme“.

In einem Brief an Hessens Justizminister Herbert Günther, SPD, versicherte Baum, daß Astrid Proll nach den Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes alle Kontakte zum terroristischen Untergrund abgebrochen hat. Doch für Staatsanwalt Schaefer sind „längst noch nicht alle Erkenntnis-Quellen ausgeschöpft“.

Grund für die starre Haltung des Anklagevertreters: Schon einmal — 1974 — war der wegen zweifachen Mordversuchs, Bankraubs und illegalen Waffenbesitzes angeklagten Astrid Proll Haftverschonung gewährt worden — aufgrund einer lebensbedrohlichen Kreislauferkrankung. Kaum wieder bei Kräften, hatte sie ihre Freilassung damals zur Flucht genutzt. Vier Jahre lang lebte sie dann unter falschem Namen in London, ehe sie im September letzten Jahres gefaßt wurde. Proll-Anwalt Ulrich K. Preuss: „Und jetzt soll sie Sühne leisten dafür, daß sie damals abgehauen ist.“

Nicht nur der Bremer Rechtsprofessor Preuss, der am Wochenende in



Demonstration gegen die geplante Auslieferung Astrid Prolls\*

London mit seiner Mandantin noch einmal die mögliche Rückkehr besprach („Ich ringe mit mir, ob ich ihr zuraten soll“), zeigte sich letzte Woche nach Verhandlungen mit dem Wiesbadener Justizministerium und der Frankfurter Staatsanwaltschaft „irritiert, wie unflexibel die Justiz reagiert“. Auch Terroristenfahnder der Polizei und Sicherheits-Experten der Parteien hätten ein Entgegenkommen der Justiz als „Beitrag zur inneren Sicherheit“ gewertet, der „durchaus positive Auswirkungen auf die terroristische Szene haben kann“ (so ein Ermittler).

Die unnachgiebige Haltung der Staatsanwaltschaft verwundert um so mehr, als die Chancen für Astrid Proll, nicht ausgeliefert zu werden, „keinesfalls schlecht“

(Preuss) stehen. Zudem reichte die Qualität der Beweismittel schon im ersten Prozeß kaum hin, um die Angeklagte des versuchten Mordes zu überführen. Die zu erwartende Strafe wäre durch dreijährige Untersuchungshaft inzwischen nahezu verbüßt. Preuss: „Hier geht bornierter Doktrinisismus an der menschlichen Situation einer Frau vorbei, die ohnehin schon hart bezahlt hat.“

Das „ganz deutliche Entgegenkommen“ der Staatsanwaltschaft, das Behördenleiter Schaefer gleichwohl signalisiert, soll sich wenigstens in einer raschen Terminierung des Prozesses niederschlagen. Schaefer: „Von uns aus kann's schon im April losgehen.“

\* Am 5. Februar vor dem britischen Generalkonsulat in Frankfurt.